



Alltag in Salzburg: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut

Widerstand ist notwendig!

In Salzburg sind deutlich mehr Menschen von Armut betroffen als im österreichischen Durchschnitt. Laut Bericht der Salzburger Armutskonferenz sind im gesamten Bundesland ungefähr 89.000 Menschen (15,9% der Bevölkerung) armutsgefährdet. Rund 30.000 (7,2%) leben in akuter Armut. Dabei liegt die offizielle Armutsgrenze bei nur etwa EUR 900,-.

von Jan Rybak

(12,8% armutsgefährdet und 6 % extrem arm). Das ist zu einem großen Teil auf die unsoziale Politik von SPÖ und ÖVP in den letzten Jahren zurück zu führen. Die Wirtschaftskrise verschlimmert die Situation noch deutlich. Zwar sprechen Wirtschaftskammer und Regierung schon von einem Ende der Krise, die Realität sieht aber anders aus. Offiziell waren im April dieses Jahres 14.626 Menschen arbeitslos. Die realen Zahlen dürften deutlich höher liegen. Während relativ gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie (etwa bei M:real, Palfinger, TRW) vernichtet wurden sind die „neu geschaffenen“ Jobs überwiegend schlecht bezahlte (Teilzeit-)Jobs in Handel, Gastgewerbe, etc.

Die AK, die etablierten Parteien und weite Teile des ÖGB äußern im besten Falle Bedauern über die Situation. Das rettet aber keine Arbeitsplätze und schützt Menschen nicht vor Verarmung. Die wenigen organisierten Proteste hatten eine beeindruckende Größe – etwa 5.000 Menschen waren in Hallein gegen die Schließung von M:real auf der Straße – und drücken die Bereitschaft aus, aktiv für Arbeitsplätze und soziale Rechte zu kämpfen.

Ganz offensichtlich haben diese Demonstrationen nicht gereicht, um die Arbeitsplätze und damit die Lebensgrundlage so vieler Menschen zu verteidigen. Viele haben sich die Frage gestellt, ob nicht mehr notwendig gewesen wäre – und damit haben sie völlig Recht. Wenn Petitionen und Demonstrationen nicht reichen, ist der nächste notwendige Schritt die Organisation von weiteren Kampfmaßnahmen bis hin zu Streiks. Auch die Besetzung von Betrieben ist eine Möglichkeit, um z.B. die Demontage zu verhindern.

Dauerbrenner Wohnen

In der Stadt Salzburg hat sich die Wohnungsnot in den vergangenen Jahren zu einem Hauptproblem für die Bevölkerung – vor allem für die ärmsten Schichten – entwickelt. Beim Salzburger Wohnungs-

amt sind 4.000 Menschen als wohnungssuchend vorge- merkt. Darunter 1.600 Akut- fälle. Die BewohnerInnen der Stadt Salzburg haben öster- reichweit die kleinste Wohnflä- che pro Person. Um den bundesweiten Durchschnitt zu erreichen, wären zusätzliche 420.000 Quadratmeter Wohn- fläche notwendig. Laut einer aktuellen Studie der AK sind die Mieten in der Landes- hauptstadt zwischen 2000 und 2009 um 13,8% gestiegen. Eine Untersuchung der Armuts- konferenz und der Caritas zeigt: von 81 Wohnungen be- wegen sich nur vier im höchst- zulässigen Wohnungsaufwand (9,50 Euro pro m²). Eine Woh- nung in der Stadt kostet durch- schnittlich 11,62 Euro pro Quadratmeter.

Das Sozialamt ignoriert diese Tatsache und unterstützt Be- dürftige nur mit 9,50 Euro pro m². In den 90er Jahren gab es

einen (an sich noch immer aufrechten) Beschluss des Salz- burger Gemeinderats, um die drückende Wohnsituation zu bewältigen. 1.000 neue Woh- nungen sollten fortan jedes Jahr gebaut werden. Es blieb bei guten Vorsätzen. 2005 bau- te die Stadt nur 448, im Jahr 2006 waren es gar nur 118 neue Wohnungen. Ein Tropfen auf den heißen Stein

JETZT Alternative aufbauen!

Wohnen ist ein Menschen- recht. Die unsoziale Politik der „sozial“demokratischen Stadt- regierung führt dazu, dass in der vordergründig noblen Festspielstadt mehr als 800 Menschen obdachlos sind. Dringend notwendig sind eine Offensive im kommunalen Wohnbau und die Re-Kom- munalisierung der zahlreichen privatisierten Wohnungen. Das wird aber nicht von selbst passieren, sondern muss er- kämpft werden. Das ist aber nur möglich, wenn sich Betrof- fene und Solidarische zu- sammenschließen und ge- meinsam für ihre Rechte auf die Straße gehen. Was wir drin- gend brauchen ist eine starke linke Alternative die fähig ist den Kampf für Löhne, Arbeits- plätze und leistbares, men- schenwürdiges Wohnen zu or- ganisieren!

Sozialistische Kommunalpolitik in Liverpool

1984 wurde in Liverpool ein Stadtrat gewählt, dessen Führung AktivistInnen der Militant-Tendency (heute Socialist Party) der englischen Schwesterorganisation der SLP inne hatten. Zur selben Zeit als im ganzen Land Thatchers neoliberale Offensi- ve rollte wurden dort soziale Wohnbauprogramme gestartet, Kindergärten, Schulen und kommunale Sportanlagen gebaut. Die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst wurde bei vollem Lohn- ausgleich deutlich reduziert. Gewerkschafts- und Nachbar- schaftsammlungen diskutierten und bestimmten demo- kratisch die Stadtpolitik mit.



Kurz notiert von Lukas Kastner

Die Stadt Salzburg gab vor der Krise Millionen für Prestige- projekte, wie z.B. die Olympiabewerbung, aus. Jetzt versucht die SPÖ bei der Masse der Bevölkerung zu sparen. Unter anderem ist die „Insel“, ein Nachmittagshotel, von den Kürzungen massiv betroffen. Gerade die „Insel“ ist für Eltern, die ja immer „flexibler“ arbeiten sollen, eine sehr wichtige Institution. Sie bietet Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, die Schulen mangels Kapazitäten bzw. Angebot nicht haben. Insgesamt werden in diesem Hort 125 Kinder und Jugendliche betreut. 70 Weitere stehen für den kommenden Herbst auf der Warte- liste. Die Insel erhielt bisher jährlich 163.812 Euro von der Stadt. Die Gehälter der Beschäftigten sind alles andere als fürstlich. Dieses Jahr muss der Hort mit nur 150.000 Euro auskommen. Das bedeute enorme Verschlechterungen für die BetreuerInnen, sowie für die Kinder und Jugendlichen. Die Kürzung der Subventionen für die „Insel“ ist nur eines von vielen Beispielen für die unsoziale Politik der SPÖ und macht klar dass die Stadt bei der Mehrheit Bevölkerung sparen will. Die SLP ist mit den Betroffenen solidarisch. Wir schlagen ge- meinsame Protestaktionen von Beschäftigten, Eltern und Ju- gendlichen vor. Was wir brauchen sind umfangreiche Investi- tionen in Sozialeinrichtungen.

Wir fordern:

- ✓ selbstverwaltete Jugendzentren, in denen Jugendliche ohne Konsumzwang ihre Freizeit verbringen können.
- ✓ Kostenlose Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen insbe- sondere für Jugendlichen

Die Salzburg AG erhöhte im März 2010 den Strompreis um 8,8%, obwohl die Strompreise International gesunken waren und die Salzburg AG die Hälfte des Stromes zukaufte. Das be- deutet für einen durchschnittlichen Haushalt eine Strompreis- erhöhung von 12 Euro im Jahr. Verantwortlich dafür sind die Regierungen von Land und Stadt, die mit 42,56% bzw. 31,31% die Mehrheit an der Salzburg AG halten. In der Vergangenheit wurden immer wieder hohe Dividenden ausgeschüttet. Zwi- schen 2002 und 2008 waren es alleine an Stadt und Land 61,8 Millionen. Land und Stadt versuchen ihre maroden Budgets auf Kosten der breiten Masse der Bevölkerung zu stopfen.

Wir fordern:

- ✓ Keine Erhöhung der Stromkosten
- ✓ Keine Budgetsanierung auf Kosten der Bevölkerung
- ✓ Öffentliche Investitionen in umweltverträgliche Energiequellen

Die soziale Situation spitzt sich in Salzburg aufgrund der un- sozialen Politik von Landes- und Stadtregierung weiter zu. Im Gegensatz zu anderen Städten gibt es in Salzburg z.B. keine er- mäßigten Bustickets für SozialhilfeempfängerInnen. Der jüngste Fall, der in den Medien bekannt wurde: eine alleiner- ziehende Mutter, die von Sozialhilfe lebt, musste "schwarz" fahren und muss nun 130 Euro Strafe zahlen. Es wurde ihr so- gar eine zweitägige Haftstrafe angedroht. Verantwortlich da- für ist die Stadtregierung, die SozialhilfeempfängerInnen ke- ine ermäßigten Tickets bereitstellt Stadt und Land halten die Mehrheit an der Salzburg AG, dem wichtigsten Verkehrsunter- nehmen in der Landeshauptstadt. In Wien kostet ein Monat- sticket 15 Euro für SozialhilfeempfängerInnen, in Salzburg 45 Euro. Damit nimmt die Stadtregierung Sozialhilfeempfänger- Innen eine weitere Möglichkeit am öffentlichen Leben teilzu- nehmen.

Wir fordern:

- ✓ ermäßigte Tickets für SozialhilfeempfängerInnen als ersten Schritt zur allgemeinen Preissenkung im öffentlichen Verkehr. Ziel ist ein kostenloser öffentlicher Personennahverkehr.

SPÖ: Politik gegen Frauen

von Elisabeth Brahier

Als hätten die Bewohnerinnen der Frauenhäuser nicht schon genug Sorgen, so mussten sie in den vergangenen Monaten auch noch gegen die frauenfeindliche Sparpolitik der SPÖ-Regierung kämpfen. Auf die jahrelangen Probleme bei der Finanzierung des Frauenhauses Tirol und nach massiven Umstrukturierungsplänen in Niederösterreich in diesem Jahr, folgen die Einsparungen seitens des Landes Salzburg, die enorme Verschlechterungen für die Frauen bedeuten werden.

Dem Halleiner Frauenhaus „Mirjam“ drohte für das Jahr 2011 sogar die Schließung, die jedoch durch öffentliche Proteste verhindert werden konnte. Die Förderungen, sowohl für das Frauenhaus in der Stadt Salzburg, als auch für das in Hallein, wurden dieses Jahr um bis zu 15% (entspricht ca. 100.000 Euro) reduziert. Durch Umschichtung von Geldern in Folge der Proteste – rund 100.000 Euro aus der Erwachsenenbildung, wo das Geld nun fehlt – war die Streichung auf 62.000 Euro abgemildert worden.

Zehntausenden Frauen und Kindern konnte in den letzten

30 Jahren in Frauenhäusern geholfen werden. Laut des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser haben 2009 3.220 Frauen und Kinder in österreichischen Frauenhäusern Schutz und Unterkunft gefunden. „Wir fordern ein bedingungsloses ‚Ja‘ zu den Frauenhäusern und eine adäquate finanzielle Versorgung“, reagiert Maria Rösslhuber, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser, am Vortag des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen – mit Empörung auf die Lage in Salzburg.

Im Bundesland Salzburg gebe es derzeit in drei Frauenhäusern 32 Plätze für Frauen, die Zuflucht suchen. Laut einer Empfehlung des Europäischen Parlaments müssten es aber 53 Plätze sein (ein Platz pro 10.000 EinwohnerInnen), erklärt Doris Weissenberger vom Frauenhaus Hallein. Durch eine Schließung des Halleiner Frauenhauses wären viele Frauen ihre einfachsten Grundrechte beraubt worden. Aber auch die Kürzungen führen zu massiven Einschränkungen. Fast EUR 100.000 pro Jahr sind für die dauerhafte Aufrechterhaltung des Betreuungsumfanges not-

wendig, nur EUR 20.000 wurden dem Frauenhaus vom Büro für Frauenfragen zugestanden. Ein Budget, das nun noch weiter gekürzt wurde.

Das Konzept des Halleiner Frauenhauses beruht darauf, dass den Frauen in ihrer schlimmen Situation nicht nur eine Unterkunft angeboten wird, sondern dass hier eine intensive Betreuung – auch für die Kinder – stattfindet. „Nur mit dieser fundierten Unterstützung ist es möglich, dass die Frauen dann nach einer gewissen Zeit den Weg in ein selbstbestimmtes Leben finden“, ist Familienlandesrätin Dr. Maria Haidinger der Meinung.

Zwar gewann das Frauenhaus der Stadt Salzburg 2010 den Borostyani-Preis (Frauenpreis) von 3000 Euro für seine beeindruckende Arbeit. Aber über die Sparmaßnahmen wird auch diese schöne Auszeichnung (und der kleine Trostpreis) nicht hinweg helfen. Das Frauenhaus der Stadt Salzburg wird mindestens zwei ihrer (im Vorhinein schon nicht üppig vorhandenen) Dienstposten streichen müssen. Eine tolle Belohnung für ein Institut mit einer derart anerkannten Auszeichnung! Der Vorstoß der Lan-

desregierung gerade jetzt das Frauenhaus schließen zu wollen, bzw. zumindest das Budget dramatisch zu kürzen, drückt pure Verachtung gegenüber den Betroffenen und Beschäftigten aus (da kann es noch so viele Preise geben).

Diese drastischen Kürzungen im sozialen Bereich zeigen, wieder einmal, was für eine Richtung die SPÖ und Landeshauptfrau Burgstaller eingeschlagen haben. Denn nicht nur die Frauenhäuser waren von der Kürzungspolitik betroffen, sondern beispielsweise auch die Geburtenstation in Mittersill.

Gerade in Zeiten der tiefen kapitalistischen Wirtschaftskrise mehrt sich Gewalt an Frauen. Durch tausendfachen Arbeitsplatzverlust steigt bei manchen betroffenen Männern Frustration und Gewaltpotenzial. Oftmals ist durch die Entlassung das soziale Umfeld – die KollegInnenenschaft weggebrochen. Isolation, (falsche) Selbstvorwürfe und Alkohol/Drogenmissbrauch können zur Gewalt führen. Gerade der Tennengau ist besonders durch Schließungen und Stellenabbau betroffen. „Dass das in Hallein gerade in Zeiten der



Wirtschaftskrise passiert, ist doppelt bitter. Solche Krisen wirken sich auf die Familien aus und das spüren auch wir“, so Doris Weissenberger vom Frauenhaus Hallein. Durch die steigende Arbeitslosigkeit bei Frauen wird darüber hinaus die Abhängigkeit vom Partner verstärkt. In Kombination mit gerade in Salzburg horrenden Mieten bedeutet das, dass Frauenhäuser oft der einzige Zufluchtsort sind.

Die Tatsache, dass öffentliche Proteste erreichen konnten, dass die Schließung des Frauenhauses verhindert wurde, beweist, wie richtig öffentliche Proteste sind und dass sie auch erfolgreich sein können. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung an dem man/frau anknüpfen kann. Notwendig ist eine weitergehende Bewegung um nicht „nur“ bestehende Einrichtungen und Errungenschaften zu schützen, sondern grundsätzlich die soziale Situation von Frauen zu verbes-

sern. Gründe dafür gibt es viele: Kürzungen im Sozialbereich, Gewalt gegen Frauen, Frauenarmut, etc. die Grundlage ist die gleiche. Frauenunterdrückung hat System. Das System heißt Kapitalismus. Die Tatsache, dass Frauen in unserer Gesellschaft immer noch strukturell unterdrückt werden ist eine notwendige Erscheinung einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung auf der einen und Profitmaximierung auf der anderen Seite basiert. Marxistinnen wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin haben immer betont: „Kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung. Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus.“ Auch heute hat dieser Satz Gültigkeit. Jede Bewegung für Frauenrechte, die grundlegend etwas ändern will, muss grundsätzlich verknüpft sein mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und dem Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

WIR SIND...

... eine neue und junge Partei, können aber auf zahlreiche Erfahrungen zurückblicken: Im Kampf gegen Sozial- und Bildungsabbau, Rassismus und FPÖ, für Frauenrechte und wir haben eine Reihe von internationalen Solidaritätsaktionen organisiert. Wir stehen als aktiver Teil innerhalb der Gewerkschaft für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB und gegen die Abhängigkeit der Gewerkschaft von der SPÖ.

... Teil des „Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale“ (CWI/KAI). Zum CWI gehören Organisationen in über 40 Ländern auf allen Kontinenten. Wir stehen in den besten und kämpferischsten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre.

... nur gemeinsam stark! Auf sich allein gestellt kann man nichts verändern. Um gegen den täglichen Wahnsinn des Kapitalismus und für eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen müssen wir uns organisieren! Wenn du mit unseren Ideen übereinstimmst oder uns besser kennen lernen willst, melde dich bei uns. Kämpfen wir gemeinsam!

SLP-TREFFEN IN SALZBURG:

Salzburg Stadt
jeweils Mittwoch, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt
SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

Südtirol/Alto Adige: Rechter Terror statt Selbstbestimmungsrecht

von Moritz Erkl

In letzter Zeit kam es vor allem in Salzburg vermehrt zu einer neuerlichen Debatte rund um die Südtirolfrage. An Bahnunterführungen und Straßenschildern tauchten Plakate und Aufkleber auf, deren Slogans („Südtirol gehört nicht zu Italien“ etc.) eine Rückkehr Südtirols in deutsch-österreichische Gefilde fordern. Eindeutig rechte Hetze.

Die „Südtirolfrage“ aus sozialistischer Sicht

Viele der Slogans stammen aus der Feder der Partei „Südtiroler Freiheit, Freies Bündnis für Südtirol“, also aus der rechtsextremen Szene. Rückendeckung bekommt diese aus den Reihen der FPÖ. Vor allem der 3. Nationalratspräsident Martin Graf (FPÖ und Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia) verlangt diesen Schritt zur angeblichen „Selbstbestimmung“ der Südtiroler Bevölkerung.

Historisch war Südtirol seit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie ein ständiger Streitpunkt, da das damals allgemein verkündete nationale Selbstbestimmungsrecht gegenüber den strategischen Interessen des Imperialismus zurücktreten musste. Durch Mussolinis frühe faschistische Machtergreifung 1922 hatte Südtirol als eine der ersten Regionen Europas unter dem Faschismus zu leiden. Was hier allerdings oft „vergessen“ wird: Neben der „Italienisie-

rung“ (Unterdrückung der deutschen und ladinischen Sprache in Italien) wurde vor allem die politische Linke – gleich ob sie italienisch oder deutsch sprach – vernichtet; und zwar in ganz Italien. Diese wäre aber – mit ihren internationalistischen Ideen – tat-

Heute geht die Forderung, Südtirol von Italien abzuspalten und an Österreich zu anzuschließen, am Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung selbst vorbei.

sächlich der einzig mögliche Schutzschirm gegenüber der brutalen Unterdrückung durch den Faschismus gewesen. Mit Hitlers Machtergreifung hofften deutsch-nationalistische Strömungen in Südtirol mit auf eine Versetzung der Grenzen und massiven wirtschaftlichen Aufschwung. Tatsächlich führte die nationale Rechte die Region in die totale Katastrophe: Hitler und Mussolini einigten sich nämlich darauf, dass der deutschsprachige Teil der Bevölkerung entweder auswandern oder total angepasst werden sollte.

Heute geht die Forderung, Südtirol von Italien abzuspalten und an Österreich zu anzuschließen am Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung selbst vorbei. Wirtschaftlich profitiert Südtirol von seinem Sonderstatus. 90% der Steuern werden von Italien an die autonome Provinz Bozen/Bolzano rückerstattet. Seit 2001 können die SüdtirolerInnen den Landtag direkt wählen. Diese Errungenschaften und Autonomien wären durch die von rechten Kräften

so hochgepriesene „Wiedervereinigung“ verloren.

Jetzt stellt sich die Frage ob und warum diese Frage/Forderung heute „eine rechte Angelegenheit“ ist. Aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen waren die Vorstellungen von (deutscher)

Selbstbestimmung für Südtirol zunächst kaum von der ArbeiterInnenbewegung oder sozialistischen Ideen beeinflusst. Während in Europa ArbeiterInnenkämpfe tobten erhielt bei den italienischen Parlamentswahlen 1921 ein Bündnis aus Volkspartei und Deutschnationalen 90%. Sie setzte dem italienischen Nationalismus Deutschnationalismus entgegen – und ging damit im Strategiespiel Italiens und Deutschlands unter. Trotz ihres Südtirol-Desasters wurde nach dem 2. Weltkrieg die Südtirolfrage, wie man an rechten Hetzern wie Martin Graf sieht, ein Steckenpferd der extremen Rechten v.a. in Österreich.

Besonders der in den 50er Jahren gegründete „Befreiungsausschuss Südtirol“ versuchte immer wieder durch gewalttätige Attentate eine „Befreiung“ Südtirols durchzusetzen. Die als „Bumser“ bekannten großdeutschen Fanatiker mordeten für die „Rückkehr“ Südtirols und verübten zahlreiche Attentate. In 32 Jahren wurden von der extremen Rechten 361 Attentate

verübt. Die Anschläge kosteten 21 Menschen das Leben, 157 Personen wurden dafür verurteilt, darunter 40 Österreicher – die aber von der österreichischen Justiz im Regelfall nicht ausgeliefert wurden und daher ungeschoren davon kamen. Die Verbindung zum rechten Lager in Österreich knüpfte der BAS mit Personen wie Norbert Burger, welcher von einem italienischen Gericht in Abwesenheit wegen seinen Terroranschlägen in Italien zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde. Von einem österreichischen Gericht wurde er freigesprochen. Norbert Burger gründete 1967 mit Gleichgesinnten die 1988 wegen NS-Wiedertätigkeit verbotene Nationaldemokratische Partei (NDP). Dieser gehörte u.a. auch Horst Rosenkranz (Ehemann der FPÖ-Präsidentenchaftskandidatin) an.

Das erneute Anknüpfen an dieser Traditionen in der Südtirolfrage ist nun v.a. auf den Burschenschaftlerkommers 2009 zurückzuführen. Bei dieser Veranstaltung kam es zu einem Treffen zwischen Burschenschaftlern und ehemaligen Südtirolterroristen, welche als „FreiheitskämpferInnen“ gefeiert wurden. So traf der Festredner Martin Graf hier mit einigen der ehemals führenden Mitglieder des „Befreiungsausschuss Südtirol“, wie Herwig Nachtmann oder Erhard Hartung zusammen.

Auch die heutigen „KämpferInnen für Südtirols Freiheit“ schrecken vor Gewalt nicht zurück. In den vergangenen Monaten gab es zwei gewalttä-

tige Anschläge auf den antifaschistischen Kulturverein „Infoladen“ in Salzburg. Diese sind relativ eindeutig den „neuen“ SüdtirolaktivistInnen zuzuordnen.

Für SozialistInnen kann die Lösung der „Südtirolfrage“ nicht in nationalistischer Spaltung und dem „Anschluss“ Südtirols als Patentlösung liegen. Die ArbeiterInnenklasse und Jugend in Südtirol stehen vor völlig anderen Problemen. Durch die Wirtschaftskrise wurden dort tausende Arbeitsplätze vernichtet. Die italienische Regierung bereitet Hand in Hand mit der Regierung in Bozen Kürzungspakete vor. Eine Situation die in Österreich nur allzu gut bekannt ist. Darum steht v.a. der gemeinsame internationale Kampf für soziale Rechte, gegen Arbeitsplatzabbau und Lohnraub auf der Tagesordnung. Das wir es übrigens – im Gegensatz zur extremen Rechten – ernst meinen mit Minderheitenrechten, beweisen wir als SozialistInnen, dass wir gerade auch in Österreich für deren Rechte eintreten. Zynisch spielt demgegenüber z.B. Martin Graf mit dem Begriff „nationale Selbstbestimmung“ während die grundlegendsten Rechte der Kärntener SlowenInnen mit Füßen getreten werden. Wir arbeiten aktiv daran solche Spaltungen durch gemeinsame Aktionen zu beenden; gegen die extreme Rechte und für andere, sozialistische Gesellschaft die weder soziale, noch nationale Unterdrückung kennt.